

Geopolitische Veränderungen auf dem „eurasischen Schachbrett“: Russland, Zentralasien und die USA nach dem 11. September 2001

I. Russland und die „Anti-Terror-Koalition“

Zahlreiche Stellungnahmen aus Politik, Militär, Politikberatung und Presse Russlands bedauerten und verurteilten zwar die Anschläge vom 11. September in New York und Washington, gleichzeitig wurde aber auch das ab 7. Oktober folgende militärische Vorgehen der USA gegen die Taliban in Afghanistan aus verschiedenen Gründen abgelehnt oder zumindest mehr als skeptisch kommentiert. Präsident Wladimir Putin zog wegen seiner durchaus wohlwollenden Einstellung ungeachtet einer anhaltend hohen Popularität vielfältige Kritik auf sich. So hieß es, dass er – wie auch sein Vorgänger Boris Jelzin und dessen erster Außenminister Andrej Kosyrew – gegenüber dem Westen zu kompromissbereit sei, obwohl dieser nach wie vor kein Interesse an einem starken und wohlhabenden Russland habe und alles tue, um seinen Einfluss in der Welt zu begrenzen. Putins Anschluss an die von den USA angeführte „Anti-Terror-Koalition“ zeuge von der Abhängigkeit Russlands vom Westen und bestätige zudem, dass seine Prioritäten von außen bestimmt würden.

Der stellvertretende Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses der Staatsduma (Unterhaus des Parlaments), der „Demokrat“ Alexej Arbatow, urteilte, dass die Mehrheit der russischen öffentlichen Meinung im Parlament, in den Massenmedien und im Militär Putins Kurs der passiven Unterstützung der USA gegen die Taliban nicht billige; er werde nur geduldet, und auch das könne durchaus in offene Ablehnung umschlagen. Motive dafür seien vor allem die NATO-Osterweiterung, das Vorgehen der Allianz gegen Jugoslawien 1999, die US-Absage an den Anti Ballistic Missile (ABM) Treaty und die fortdauernden Luftschläge gegen den Irak. „So lautet die allgemeine Frage: Warum sollte Russland nun den Amerikanern helfen?“¹

1 Alexei G. Arbatov, The war against terrorism and the transformation of the world order. Prepared for the IISS/

Eine vorbehaltlose Einordnung in die „Anti-Terror-Koalition“ war auch für Putin keine Option; das wäre für die politischen und militärischen Eliten wie auch für die Öffentlichkeit Russlands gänzlich inakzeptabel gewesen. Eine Öffnung des russischen Luftraums für US-Militärmaschinen in Kampfeinsätzen oder eine Zurverfügungstellung von russischen Basen inner- oder außerhalb Russlands standen nie zur Diskussion, von aktivem militärischem Beistand für die USA ganz abgesehen. Manche Beobachter gewannen sogar den Eindruck, dass sich Russland von der „Anti-Terror-Koalition“ lediglich deshalb nicht explizit distanzieren, weil sie ein gutes Mittel sei, die eigene Intervention im nordkaukasischen Tschetschenien zu rechtfertigen.² Dort bekämpft Moskau seiner Meinung nach den „internationalen Terrorismus“. Dieser Darstellung wollten sich die meisten westlichen Staaten jedenfalls bis zum 11. September nicht direkt anschließen. Die Uneinigkeit bei der Definition dessen, was unter „Terrorismus“ überhaupt zu verstehen ist, zeigte sich auch anhand der anhaltenden russischen Vorwürfe an den Westen, gegenüber „albanischen Terroristen“ im Kosovo (seit 1998/99) und in Mazedonien (2001) „zu nachgiebig“ gewesen zu sein oder diese sogar gefördert zu haben.

Dagegen erscheinen der Irak und der Iran in Russland kaum jemals als Terror unterstützende und Massenvernichtungswaffen herstellende Staaten. Stattdessen heißt es, dass sie vom Westen (und vor allem den USA) zu Unrecht ausgegrenzt würden. Der Irak sei, so die allgemeine russische Lesart, ein Opfer der vom Westen initiierten und aufrechterhaltenen Sanktionen und anhaltender amerikanischer und britischer Luftangriffe. Gleichzeitig halten auch hochrangige Moskauer Repräsentanten den Irak für einen potenziell wichtigen politischen und wirtschaftlichen Partner Russlands, und zwar auch und gerade im Hinblick auf Rüstungszusammenarbeit und Waffengeschäfte. Folgerichtig lehnt Russland jede Ausdehnung des amerikanischen „Krieges gegen den Terror“ auf den Irak,

CEPS European Security Forum, Brussels, November 5, 2001, S. 4; Internet-Dokument: www.eusec.org/aratov.htm, abgerufen am 12. Dezember 2001.

2 Vgl. Die Engstirnigkeit der russischen Politik, in: Spiegel online vom 3. Oktober 2001 (www.spiegel.de).

der als einziges Land die Anschläge vom 11. September offen begrüßt hatte, „scharf“ ab.³

Geheimdienste des Iran wurden im Westen immer wieder dringend verdächtigt, an Terroranschlägen beteiligt gewesen zu sein und fundamentalistische Terrororganisationen vor allem im Nahen Osten finanziell und logistisch zu unterstützen. Das ist allerdings in Russland kein Thema: Während es sich gegenüber dem Westen für eine Bekämpfung des Terrorismus aussprach, kam Anfang Oktober 2001 der iranische Verteidigungsminister Admiral Ali Schamchani nach Moskau, um über umfangreiche russische Waffenverkäufe und Militärkooperation zu verhandeln. Zudem ist Teheran ein guter Kunde der russischen Atomindustrie. Die engen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Kontakte zum Iran werden in Moskau ungeachtet einer erheblichen antiislamischen Stimmung in den slawischen Teilen der Gesellschaft Russlands und beständiger Hinweise auf eine angebliche islamistische „Bedrohung aus dem Süden“⁴ kaum jemals einer kritischen Betrachtung unterzogen.

Ein Kurswechsel gegenüber Iran und Irak zeichnet sich nicht in Ansätzen ab, auch wenn (oder weil) die USA Russland einen solchen immer wieder nahe gelegt haben. Washington weist vergeblich darauf hin, dass seinen Erkenntnissen zufolge die beiden Staaten an atomaren, chemischen und biologischen Massenvernichtungswaffen und entsprechenden Trägermitteln arbeiten. Russland beunruhigt eine solche Perspektive offenkundig wenig, und tatsächlich wäre es von einem allfälligen derartigen Potenzial der beiden Golfstaaten zuletzt bedroht: Zunächst hätten zweifellos Israel und der Westen (und vor allem die USA) ein Problem.

Negative Auswirkungen der Terroranschläge in den USA – die nicht nur in Moskauer Militärkreisen gerne „potenzieller Gegner“ genannt werden und auf die sich zahlreiche Szenarien von Manövern der russischen Streitkräfte beziehen – auf Russland waren nicht erkennbar. Im Gegenteil ließen diverse Wortmeldungen Moskauer Politiker im September die Hoffnung auf eine Erweiterung des internationalen Einflusses Russlands auf Kosten der durch die Attentate vermeintlich geschwächten USA erkennen. Auch angesichts des Umstandes, dass sich der Westen sichtlich um eine Einbeziehung Moskaus in die „Anti-Terror-Koalition“ bemühte, drängten zahlreiche russische Stimmen

³ So eine Formulierung des russischen Sonderbeauftragten für den Nahen Osten, Nikolaj Kartusow; zit. in: *Rossijskaja gazeta* (online) – *Sobytija dnja* vom 3. Dezember 2001 (www.rg.ru).

⁴ Vgl. Martin Malek, *Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)*, in: *Österreichische Militärische Zeitschrift (ÖMZ)*, XXVIII (2000) 5, S. 656 ff.

den Kreml, sich die weltpolitische Lage nach dem 11. September so weit wie möglich zunutze zu machen und eindeutige Forderungen zu erheben. An erster Stelle stand vielfach die Erlassung eines möglichst großen Teils der seinerzeit von Russland übernommenen Altschulden der UdSSR im Ausmaß von ca. 100 Mrd. US-Dollar oder wenigstens die Erstreckung der Rückzahlung auf einen sehr langen Zeitraum. Zudem fanden sich auf der russischen Wunschliste: Verzicht auf die zweite Welle der NATO-Osterweiterung oder, wenn das nicht erreichbar sein sollte, ihre Verzögerung und Begrenzung auf möglichst wenige Länder; Ende jeglicher westlicher Kritik am Vorgehen der russischen Streitkräfte gegen die Rebellen in Tschetschenien; möglichst intensive Einbindung Russlands in sicherheitspolitische Abläufe in NATO und EU – wenn möglich mit einem Vetorecht; Aufnahme in die Welthandelsorganisation (WTO); Verzicht auf die US-Pläne für eine Raketenabwehr. Letzteres ist, wie erwähnt, bereits gescheitert, da Präsident George W. Bush im Dezember die Absicht bekannt gab, aus dem ABM-Vertrag aussteigen zu wollen. Dafür konnte Moskau andere Erfolge verbuchen: Washington sagte Unterstützung für eine russische WTO-Mitgliedschaft und eine Aufhebung des Jackson-Vanik-Amendments von 1974 zu; die EU verzichtete bei einem Gipfeltreffen mit Putin Anfang Oktober in Brüssel darauf, allgemein bekannte russische Verletzungen des Vertrages über konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE) zu thematisieren; und der Tschetschenienkrieg ist offiziell derzeit kein Thema mehr.

II. Usbekistan: Zweckbündnis mit den USA

Usbekistan ist mit ca. 25 Mio. Einwohnern die bevölkerungsreichste und militärisch relativ stärkste frühere Sowjetrepublik Mittelasiens.⁵ Sie hatte in den neunziger Jahren als einziger Staat der Region eine Annäherung an die USA versucht. Die Militärkooperation reicht zumindest bis 1995 zurück, als gemeinsame Ausbildungsmaßnahmen begannen; US-Soldaten nahmen seit 1996 an verschiedenen Übungen in Usbekistan teil. Dieses war deswegen sowie aufgrund seiner 1999 erfolgten Absage an eine Verlängerung des 1992 unterzeichneten „Vertrages über kollektive Sicherheit“, mit dem Moskau eine möglichst enge militärpoliti-

⁵ Zur Abgrenzung der Begriffe „Mittelasien“ und „Zentralasien“ vgl. Jörg Stadelbauer, *Zentral- und Hochasien – kontinentale Peripherie im Schnittpunkt der Kulturen*, in: *Geographische Rundschau*, (1997) 5, S. 260 f.

sche Integration der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) anstrebt, sowie der Teilnahme an der Gruppe GUUAM (Georgien, Ukraine, Usbekistan, Aserbaidschan, Moldowa) ab 1999 in Russland zeitweise heftig kritisiert worden. Gleichzeitig bewirkten die Besetzung an Usbekistan angrenzender nordafghanischer Gebiete durch die Taliban ab Sommer 1998 und Vorstöße einiger hundert Kämpfer der Islamischen Bewegung Usbekistans (IBU) 1999 und 2000, auf die Russland sofort mit Hilfsangeboten reagierte, sowie amerikanische Kritik an der Lage der Menschenrechte und am autoritären Regierungsstil von Präsident Islam Karimow, dass sich dieser nicht zu weit von Moskau entfernte. Das artikuliert sich auch im Juni 2001 im Beitritt Usbekistans zur „Schanghai-Organisation für Kooperation“, die Russland, China, Kirgisien, Tadschikistan und Kasachstan 1996 gegründet hatten; ihre Tätigkeit wurde ab 1999 zunehmend von der „Terrorbekämpfung“ bestimmt.

Die Usbekische Sowjetrepublik war ein wichtiges – und mit einer entsprechenden Infrastruktur ausgestattetes – Hinterland für die schließlich gescheiterte sowjetische Militärintervention in Afghanistan (1979–1989) gewesen. Gegen Ende September 2001 verdichteten sich die Hinweise auf den Aufbau einer US-Militärpräsenz in Usbekistan. Schließlich wurde bekannt, dass zunächst ca. 1 000 US-Soldaten, Angehörige der 10. Mountain Division aus Fort Drum (Bundesstaat New York) sowie Spezialeinheiten, auf der Basis Chanabad stationiert sind.⁶ Sie ist mit drei Start- und Landebahnen sowie geräumigen unterirdischen Hangars das größte Militärojekt im Südosten der GUS.

Usbekische Offizielle waren nach dem 11. September in den internationalen Medien zunächst mit widersprüchlichen Aussagen zu der Frage zitiert worden, ob den USA vom Territorium Usbekistans aus ein militärisches Vorgehen gegen die Taliban gestattet werden könnte. Gegenüber US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, der am 5. Oktober Taschkent besuchte, stellte Karimow dann klar, dass nur humanitäre Operationen sowie Such- und Rettungsaktionen zulässig sind.⁷

6 Anfang Dezember sprach Karimow im Parlament Usbekistans von 1 500 US-Soldaten (andere Quellen nennen mitunter auch 2 000).

7 In Chanabad starteten dann US-Maschinen, die über Afghanistan Lebensmittel und Medikamente abwarfen; Angriffe auf die Taliban oder Usama bin Ladens „al-Qaida“ von dieser Basis aus wurden nicht bekannt. In Russland wurde allerdings behauptet, dass B-52-Bomber von der US-Luftwaffenbasis auf der Insel Diego Garcia im Indischen Ozean nach Afghanistan fliegen, ihre Bombenlast abwerfen und dann in Chanabad landen würden, um aufzutanken; dann kehrten sie wieder nach Diego Garcia zurück. Damit würde

Das wurde dann auch in einer am 7. Oktober unterzeichneten und wenige Tage später veröffentlichten gemeinsamen Stellungnahme der beiden Länder festgehalten. Zudem gab Washington Sicherheitsgarantien, die Karimow verlangt hatte, um im Kampf gegen den Terror nicht eventuell alleingelassen zu werden. Allerdings ist davon auszugehen, dass nur ein Teil der amerikanisch-usbekischen Vereinbarungen bekannt geworden ist. So gab es (plausible) Vermutungen, wonach die USA die Verpflichtung übernommen haben, bei ihren Luftangriffen auf das von den Taliban kontrollierte Gebiet Afghanistans auch die Infrastruktur der IBU ins Visier zu nehmen.⁸ Es wurde sogar die Meinung vertreten, dass der Wunsch, die IBU zu bekämpfen, der Hauptgrund für den streng laizistischen Karimow war, sich mit den USA zu verbünden.⁹

Von der IBU, die eine „islamische Ordnung“ in Mittelasien anstrebte, fühlte sich das offizielle Usbekistan massiv bedroht. Als Bombenanschläge am 16. Februar 1999 in der usbekischen Hauptstadt Taschkent 16 Tote und über 100 Verletzte forderten, sprachen die usbekischen Behörden von Anschlägen auf Karimow und machten dafür die IBU verantwortlich. Karimow hatte zwar seit der Unabhängigkeit Ende 1991 die reiche islamische Kultur und Tradition Usbekistans für seine Politik des „state-building“ nutzbar zu machen versucht, dabei aber eine strenge Kontrolle über die islamische Geistlichkeit ausgeübt und (angebliche oder tatsächliche) fundamentalistische Regungen mit harter Hand verfolgt. Solche machen vor allem im dicht besiedelten Fergana-Tal, an das auch Kirgisien und Tadschikistan angrenzen und das zweifellos eine Schlüsselregion für die Stabilität ganz Mittelasiens ist, immer wieder von sich reden.

Die IBU dürfte zur Zeit der Taliban-Herrschaft über Lager in den nordafghanischen Städten Mazar-i-Sharif und Kunduz verfügt haben; sehr wahrscheinlich bestanden auch Kontakte zu Usama bin Ladens Terrororganisation „al-Qaida“. Die Angaben und Schätzungen über die personelle Stärke der IBU schwankten zwischen 300 und 3 000 Mann, wobei eine Nähe zur letztgenannten Zahl wahrscheinlich war.¹⁰ Es handelte sich

Usbekistan, so die russische Kritik, indirekt doch zulassen, dass die U. S. Air Force sein Territorium für Kampfeinsätze nützt. Vgl. Igor Torbakov, Moscow wary about Tashkent militaries with the United States, in: Eurasia Insight vom 12. November 2001 (www.eurasianet.org).

8 Vgl. z. B. RFE/RL Central Asian Report vom 28. September 2001 (www.rferl.org/centralasia).

9 Vgl. Agam Shah, IMU Likely To Survive Juma Blow, in: IWPR'S Reporting Central Asia, No. 94, 17. Dezember 2001.

10 Vgl. Uwe Halbach, Zentralasien in Bedrängnis. Problematische Reaktionen auf regionale Sicherheitskrisen, SWP-Studie, Berlin, Oktober 2001, S. 14. Das angesehene

dabei nicht nur um vor staatlicher Verfolgung geflohene Usbeken, sondern auch um Tadschiken, Kirgisen, Uiguren und Pakistanis. Die IBU, die auch gegen die Nordallianz gekämpft hatte, ist durch den Zusammenbruch des Talibanregimes zweifellos stark geschwächt, doch vermutlich nicht definitiv am Ende, da ihre Aktivisten weiter in Tadschikistan Unterschlupf finden können.

Die Bevölkerung Usbekistans wie auch der anderen früheren Sowjetrepubliken Mittelasiens reagierte – im Unterschied zu den Prognosen zahlreicher Beobachter unter anderem in Russland – gelassen auf den Aufbau westlicher Militärkapazitäten in der Region; öffentliche Proteste oder gar gewaltsame Ausschreitungen wurden nicht bekannt.

Allerdings ist von außen nicht zu erkennen, ob das auf die Gleichgültigkeit bzw. Zustimmung der Bevölkerung zu Karimows Politik oder eher auf den omnipräsenten Polizei- und Geheimdienstapparat Usbekistans zurückgeht. Usbekistan hatte unmittelbar nach den ersten Nachrichten über eine sich intensivierende Militärkooperation mit den USA den Unwillen der Taliban auf sich gezogen, doch diese erwiesen sich als entschieden zu schwach, um mit mehr als nur Worten zu drohen.

III. Tadschikistan: Außenposten Russlands

Tadschikistan hatte von 1992 bis 1997 einen blutigen Bürgerkrieg erlebt, der durch eine Integration der früheren bewaffneten Opposition in die bestehenden staatlichen Strukturen beendet werden konnte. Das seit 1992 in der Hauptstadt Duschanbe etablierte Regime von Präsident Emomali Rachmonow hätte sich ohne militärische, politische und wirtschaftliche Unterstützung Russlands kaum behaupten können. Die kleine Armee der Regierung gilt als undiszipliniert und wenig effektiv, und manche Regionen des Landes befinden sich bis heute unter der Kontrolle von Warlords.

Das bettelarme Tadschikistan ist die einzige (über eine Strecke von 1 200 Kilometern) an Afgha-

Londoner Strategieforschungsinstitut (IISS) nannte mindestens 2 000 Kämpfer (vgl. *The Military Balance 2001–2002*, Oxford-London 2001, S. 309). Das US-Außenministerium mochte sich auf keine konkrete Zahl festlegen. Es vermutete, dass die IBU-Kämpfer „probably number in the thousands“ (U. S. Department of State, *Patterns of Global Terrorism 2000*, Appendix B: Background Information on Terrorist Groups. Released by the Office of the Coordinator for Counterterrorism, April 2001).

nistan angrenzende ehemalige Sowjetrepublik, die dem „Vertrag über kollektive Sicherheit“ angehört; zudem unterhält Russland hier mit der 201. motorisierten Schützendivision sowie Grenztruppen an der Grenze zu Afghanistan seine letzte umfangreiche Militärpräsenz in Mittelasien. Die 201. Division wurde kurz nach den Anschlägen in den USA in Alarmbereitschaft versetzt und dann auch personell aufgestockt: Putin zufolge verfügte sie Anfang Dezember über 12 500 Mann, wozu noch 10 000 Grenzsoldaten kamen.¹¹ Moskauer Stimmen ließen jedoch keinen Zweifel daran, dass das russische Kontingent in Tadschikistan den USA bei einem Vorgehen gegen die Taliban nicht assistieren würde.

Nach dem 11. September kamen widersprüchliche Aussagen und Dementis angeblich oder tatsächlich gemachter Stellungnahmen tadschikischer Politiker und hoher Funktionäre zu der Frage, ob das Land sein Territorium für US-Militäreinsätze gegen Afghanistan zur Verfügung stellen könnte. Am 8. Oktober verlautbarte die Regierung in Duschanbe, dass sie den USA ihre Bereitschaft mitgeteilt habe, den Luftraum und „wenn das nötig sein sollte“ auch Flughäfen zum Kampf gegen die Taliban zur Verfügung zu stellen.¹² Dabei standen Kurgan-Tube und Kuljab (beide im Südwesten) sowie Chodschent (im Norden) zur Diskussion, die allerdings nach vor Ort gewonnenen Eindrücken westlicher Militärdelegationen in einem schlechten Zustand sind.

IV. Kirgisien: Zwischen Moskau und Peking

Die kleine und wenig kampfstärke Armee der Regierung hatte erhebliche Schwierigkeiten, mit den Einfällen von IBU-Kämpfern nach Südkirgisien in den Sommern der Jahre 1999 und 2000 fertig zu werden. Präsident Askar Akajew, der in den letzten Jahren zunehmend autoritäre Züge an den Tag legte, lehnt sich außen-, sicherheits- und militärpolitisch stark an Moskau an; so ist Kirgisien Mitglied des „Vertrages über kollektive Sicherheit“. Es war daher nicht überraschend, dass die Regierung in Bischkek vor einer Entscheidung über eine westliche Militärpräsenz Konsultationen mit Russland, aber auch mit China abhielt.

11 Nach *Nezavisimaja gazeta* (online) vom 8. Dezember 2001 (www.ng.ru).

12 *Zajavlenie Pravitel'stva Respubliki Tadzikistana v svjazi s prinjatimi Soedinennymi Štatami Ameriki merami protivodejstvija mezdunarodnomu terrorizmu*, 8. Oktober 2001. Quelle: Botschaft Tadschikistans in Moskau.

Am 6. Dezember 2001 stimmte das Unterhaus des kirgisischen Parlaments (ungeachtet der Ablehnung der prorussischen Kommunistischen Partei) der Nutzung des internationalen Flughafens Manas bei Bishkek, der als einziger des Landes größere Transportflugzeuge aufnehmen kann, durch westliches Militär für vorerst ein Jahr zu. Neben den USA hatten auch Kanada, Frankreich, Italien, Australien und Südkorea entsprechende Ansuchen gestellt. Keine geringe Rolle bei der kirgisischen Entscheidung dürfte der Umstand gespielt haben, dass – wie der Verkehrsminister bekanntgab – das Land 7 000 US-Dollar für jeden Start und jede Landung eines großen Flugzeuges erhalten wird. Am 18. Dezember trafen die ersten US-Transportmaschinen ein. Bis zum Ende der ersten Januarwoche waren über 200 amerikanische und andere westliche Soldaten in Manas einquartiert.

V. Kasachstans Angebote und Turkmeniens Zurückhaltung

Präsident Nursultan Nasarbajew verfolgt – nicht zuletzt aufgrund des großen russischen Bevölkerungsteils im Land (nach der letzten Volkszählung von 1999 30 Prozent) – eine unübersehbar „pro-russische“ Politik. Kasachstan nimmt daher an den meisten Initiativen Moskaus zur Intensivierung der politischen, wirtschaftlichen und militärischen „Integration“ in der GUS teil; es ist auch Teilnehmer des „Vertrages über kollektive Sicherheit“. Nasarbajew bot sein Land wiederholt für Stationierungen von Militär der „Anti-Terror-Koalition“ an. Bis Mitte Dezember 2001 wurden solche jedoch nicht bekannt.

Turkmenien, das eine über 740 Kilometer lange Grenze mit Afghanistan teilt, hatte als einzige frühere mittelasiatische Sowjetrepublik relativ gute Beziehungen (wenngleich nicht auf diplomatischer Ebene) mit dem Talibanregime unterhalten. Der Wüstenstaat, der im Ausland in erster Linie durch die fünfgrößten Erdgaslagerstätten der Welt und einen bizarren Personenkult um den autoritären Präsidenten Saparmurad Nijasow auf sich aufmerksam macht, verweigerte den USA unter Hinweis auf seine von der UNO anerkannte Neutralität (dank der er auch zu Moskau Distanz halten kann) jegliche militärisch verwertbare Unterstützung. Aus der Hauptstadt Ashgabat hieß es, dass allfällige turkmenische Luft- und Landkorridore nur humanitärer Hilfe für die afghanische Bevölkerung dienen dürften.

VI. Russland und die westliche Militärpräsenz in Zentralasien

Moskau beansprucht die gesamte GUS – und daher auch das ehemals sowjetische Mittelasien – als sein ausschließliches „Interessengebiet“, aus dem dritte Mächte so weit wie möglich fernzuhalten sind. Russland kritisiert daher traditionell heftig jeden Schritt der USA und anderer westlicher Länder, den es als Versuch ansieht, seinen Einfluss in der GUS zu relativieren oder die von ihm forcierte „Integration“ der GUS-Staaten in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Militär, aber auch Kultur und Medien zu behindern.

Besonders sensibel reagiert Moskau traditionell auf militärpolitisch relevante Kontakte von GUS-Mitgliedern mit dem Westen, und in sicherheitspolitischen Grunddokumenten wie der „Konzeption für nationale Sicherheit“ (Januar 2000) und der Militärdoktrin (April 2000) werden Militärbasen und -kontingente anderer Staaten nahe der Grenzen Russlands oder seiner Verbündeten offen als Bedrohung eingestuft.¹³ Die russischen Stellungnahmen zum erwähnten Aufbau einer US-Militärpräsenz in Usbekistan fielen denn auch ausnahmslos negativ aus. Im Militär und in ihm nahe stehenden Kreisen war die Ablehnung besonders heftig. Der unabhängige russische Militäranalytiker Pawel Felgenhauer urteilte: „In a peculiar twist of Cold War thinking Russian generals are . . . afraid that the Americans would never withdraw and would flush the Russians out of Central Asia.“¹⁴ In Russland verbreitete sich die Auffassung, dass der Kampf gegen von Afghanistan ausgehenden Terror nur ein Vorwand sei und es den USA „eigentlich“ darum gehe, in einer geopolitisch wichtigen und rohstoffreichen Region auf Kosten Russlands zu expandieren. Zudem hieß es, dass die USA von Zentralasien aus gegen dortige russische Militäreinrichtungen oder Russland selbst spionieren könnten. Diese Bedenken schienen zeitweise kaum weniger stark zu sein als der russische Wunsch, die Taliban zu bekämpfen.

Usbekistan (wo es kein russisches Militärpersonal gibt, obwohl Moskauer Stimmen seit Jahren kei-

13 Vgl. Koncepcija nacional'noj bezopasnosti Rossijskoj Federacii. Abschnitt III: „Bedrohungen der nationalen Sicherheit der Rußländischen Föderation“. Internet-Dokument: www.bbc.co.uk/russian/0114_3.htm, abgerufen am 17. Januar 2000; Voennaja doktrina Rossijskoj Federacii. Unterkapitel „Hauptbedrohungen der militärischen Sicherheit“ des Abschnitts „Militärpolitische Grundlagen“. Internet-Dokument: www.scrf.gov.ru/Documents/Decree/2000/706-1.html, abgerufen am 7. Mai 2000.

14 Gastkommentar von Pawel Felgenhauer, in: The Moscow Times vom 20. September 2001, S. 9.

nen Zweifel daran lassen, dass man gerne „zurückkehren“ würde) hatte vor diesem Hintergrund naturgemäß eine schlechte Presse in Russland. Ein bekanntes Moskauer Blatt beklagte, dass der dortige russische Einfluss „mit jedem landenden amerikanischen Flugzeug sinkt“¹⁵. Der usbekische Präsident war sich dieser Kritik natürlich bewusst. Ende September meinte er, dass sein Land nicht daran denke, sich in dieser Angelegenheit mit Moskau abzustimmen; dessen „Erlaubnis“ für eine usbekische Kooperation mit den USA sei überflüssig. Das löste weitere gereizte Kommentare in Russland aus, wo zudem zahlreiche Politiker, Militärs, Medien und Wissenschaftler russische Initiativen verlangten, um die US-Militärpräsenz im ehemals sowjetischen Mittelasien so klein und kurz wie möglich zu halten, wenn schon ihr Aufbau nicht verhindert werden konnte.

Putin ging Anfang Dezember nach eigenen Angaben aufgrund von Gesprächen mit Bush davon aus, dass die USA keine langfristigen Militäreinsätze in Mittelasien planen. Entsprechende Zusagen Washingtons an Moskau sind tatsächlich wahrscheinlich; das zeigt bereits der Umstand, dass sich die Führung Russlands mit Kritik an den USA in dieser Frage auffällig zurückhielt.

VII. Russland und die afghanischen Bürgerkriegsfraktionen

Russland betrachtete die Nordallianz als Puffer zwischen den Taliban und seinem Klienten Tadschikistan, d.h. seiner „Interessensphäre“ in der GUS. Moskau hat seit 1996 – wie auch der Iran und Indien – die Nordallianz, die im September 2001 nur noch weniger als ca. 10 Prozent des Territoriums Afghanistans kontrollierte, mit über Tadschikistan laufenden Waffen- und Munitionslieferungen gegen die Taliban unterstützt. Felgenhauer wusste zu berichten, dass die russische Luftwaffe in der Vergangenheit Taliban-Stellungen zeitweise bombardiert hat¹⁶ und sich auf dem Gebiet der Nordallianz Anfang Oktober 2001

15 Nezavisimaja gazeta (online) vom 9. Oktober 2001 (www.ng.ru).

16 Offizielle russische Bestätigungen derartiger russischer Bombardements gab es nie. Im Frühjahr 2000 drohte jedoch der Kreml-Sprecher für den Tschetschenienkrieg, Sergej Jastrschemskij, offiziell, Taliban-Gebiet für den Fall „präventiv“ zu bombardieren, dass „sich dort negative Szenarien entwickeln“ und die Taliban einen „Druck auf Verbündete Russlands, konkret Tadschikistan und Kirgisien, verstärken“ (zit. in: Segodnja vom 23. Mai 2000, S. 1 und vom 25. Mai 2000, S. 1). Präsident Boris Jelzin hatte die US-Schläge mit Cruise Missiles gegen Ausbildungslager für Terroristen in Afghanistan im August 1998 noch heftig kritisiert.

1 000 bis 2 000 Soldaten und Militärberater aus der 201. Schützendivision aufhielten.¹⁷ Letzteres wurde vom russischen Verteidigungsministerium umgehend dementiert. Allerdings sprachen auch Kommandeure der Nordallianz offen davon, dass russische Militärs direkt in die Kämpfe gegen die Taliban involviert seien, und Arbatow meinte, dass Russland praktisch am Krieg gegen die Taliban teilgenommen habe, weil die „massenhaften Lieferungen“ von Rüstungsgütern an die Nordallianz „von unseren Spezialisten, Technikern und Beratern begleitet werden.“¹⁸ Es war denn auch unklar, wie die vielfach des Lesens unkundigen Kämpfer der Nordallianz die (obgleich lange veralteten) sowjetischen Waffen ohne jede Einweisung hätten bedienen sollen. Ende Oktober 2001 meldete eine Moskauer Zeitung gerade laufende Lieferungen von 40 Panzern vom Typ T-55, 80 Panzerfahrzeugen BMP-1 und BMP-2 sowie gepanzerten Mannschaftstransportern BTR-60.¹⁹ Für die Kosten von ca. 40 Millionen US-Dollar kam das US-Verteidigungsministerium auf.

Noch wenige Tage vor dem militärischen Durchbruch der Nordallianz ab der zweiten Novemberwoche wollte kaum ein russischer Beobachter den USA einen Erfolg bei der Bekämpfung des Talibanregimes voraussagen. Stattdessen dominierte auch und gerade unter Veteranen des sowjetischen Afghanistan-Krieges die Einschätzung, dass Washington große Verluste erleiden werde und „zwangsläufig“ scheitern müsse. Die Ereignisse gingen über solche Expertisen allerdings rasch hinweg: Zwei Monate nach dem Beginn der US-Luftangriffe war das Talibanregime Geschichte. Angesichts dieses Erfolges der „Anti-Terror-Koalition“ betonte man in Russland naturgemäß die Rolle seiner Waffenlieferungen, auch wenn diese fünf Jahre lang nicht hatten verhindern können, dass die Nordallianz auf ein immer kleineres Gebiet im Nordosten Afghanistans zusammengedrängt worden war. Dennoch kann kaum ein Zweifel

17 Nach BBC Monitoring, Source: Ren TV (Moscow) vom 11. Oktober 2001; Reuters English News Service vom 9. Oktober 2001.

18 Pawel Felgenhauer, in: Moskovskie novosti (online), 41/2001. Internet-Dokument: www.mn.ru/issue.php?2001-41-1, abgerufen am 10. Oktober 2001.

19 Vgl. Izvestija vom 27. Oktober 2001, S. 2. Es gab auch andere Angaben über den Umfang der russischen Waffenhilfe an die Nordallianz, doch sind sie kaum vergleichbar, da keine Bezugszeiträume genannt wurden; vgl. z. B. Nezavisimaja gazeta (online) vom 4. Oktober 2001 (www.ng.ru); Latest Russian weapons deliveries to the Northern Alliance, in: Internet-Dokument: www.aeronautics.ru/archive/vif2_project/news_0013.htm abgerufen am 15. November 2001. In diesen Quellen werden auch russische Lieferungen von Kampfhubschraubern (vermutlich von russischen Piloten gesteuert), Artilleriegeschützen, Panzerabwehrwaffen, Handfeuerwaffen, Munition usw. an die Nordallianz erwähnt.

bestehen, dass Moskau auch mit Hinweisen auf seine Waffenhilfe an die Nordallianz im Post-Taliban-Afghanistan versuchen wird, seinen Einfluss geltend zu machen. So meldete Außenminister Igor Iwanow einen klaren russischen Anspruch auf „aktive Teilnahme an der politischen Krisenregelung“ in Afghanistan an.²⁰

Die Außenministerien Russlands und Tadschikistans sowie Verteidigungsminister Sergej Iwanow begrüßten die Ergebnisse der im November bei Bonn abgehaltenen Afghanistan-Konferenz, auch wenn der von Moskau favorisierte Anführer der Nordallianz, Burhanuddin Rabbani, abtreten musste: Er übergab seine Vollmachten am 22. Dezember an den neuen Ministerpräsidenten Hamid Karzai, einen als eher proamerikanisch geltenden Paschtunen. In dessen Übergangsregierung kommen von 29 Ministern 19 aus der Nordallianz (jetzt „Vereinigte Front“), in der die etwa ein Viertel der Bevölkerung Afghanistans stellenden ethnischen Tadschiken dominieren. Moskau setzt nun innerhalb der Nordallianz offenkundig auf die Tadschiken, da sie – zu Recht oder zu Unrecht – als eher skeptisch gegenüber den USA gelten. In Russland verbindet man vor allem mit dem Umstand, dass die für Sicherheit verantwortlichen Ressorts der Übergangsregierung von Tadschiken geführt werden, einige Hoffnungen: Yunis Kanuni wurde Innenminister, Abdullah Abdullah ist Außenminister, und General Muhammad Fahim, Nachfolger des kurz vor dem 11. September – sehr wahrscheinlich von „al-Qaida“ – ermordeten Ahmed Shah Massud (ebenfalls ein Tadschike) als Militärkommandant der Nordallianz, fungiert als Verteidigungsminister. Fahim hat aus seiner Zeit als Mitarbeiter des Geheimdienstes KHAD des (1992 gestürzten) kommunistischen Regimes in Kabul bis heute gute Kontakte zu Militär und Geheimdiensten Russlands.

Auch General Abdul Rashid Dostum war ursprünglich für den KHAD, einen Ableger des sowjetischen KGB, tätig gewesen und erfreute sich nach dem Zerfall der UdSSR (Ende 1991) der Unterstützung Russlands und Karimows, auch wenn dieser – wenig glaubwürdig – noch Anfang Oktober 2001 eine Unterstützung für die Nordallianz in Abrede stellte. Seit September 2001 klingt jedoch in zahlreichen russischen Kommentaren unüberhörbare Skepsis gegenüber dem im Dezember zum stellvertretenden Verteidigungsminister Afghanistans ernannten Dostum durch, die sich aus dem russischen Eindruck erklärt, dass die USA innerhalb der Nordallianz die Usbeken (ca. 5 Prozent der Bevölkerung Afghanistans) begünsti-

gen. Damit würden sich die zu den nordöstlich angrenzenden ehemaligen Sowjetrepubliken bestehenden Bündnisbeziehungen (USA/Usbekistan und Russland/Tadschikistan) in die ethnischen Gruppen Afghanistans hinein fortsetzen.

VIII. Die Geopolitik des Pipelinebaus

Der amerikanische Konzern *Unocal* plante bereits zur Zeit der Taliban-Herrschaft eine Ölpipeline, die vom Süden Usbekistans über Turkmenien und Afghanistan bis zu einem Terminal an der pakistanischen Küste führen sollte, sowie eine Gasleitung von Chardschou (Turkmenien) über Afghanistan nach Multan (Zentralpakistan) und eventuell weiter nach Indien. *Unocal* musste diese Projekte Ende 1998 ad acta legen. Gründe waren die Bombenanschläge auf die amerikanischen Botschaften in Kenia und Tansania im August 1998 (300 Tote und ca. 5 000 Verletzte), hinter denen die Regierung in Washington sofort den in Afghanistan ansässigen bin Laden vermutete, und die zunehmenden Proteste amerikanischer Frauenorganisationen gegen die Diskriminierung von Frauen durch die Taliban. Die heftige russische Kritik dürfte dagegen – wenn überhaupt – nur eine untergeordnete Rolle gespielt haben: Moskau unterstellte *Unocal* und den USA generell, mit den Taliban zu kokettieren und Russland auch durch die Pipelineprojekte aus seinem „Interessenbereich“ in Zentralasien verdrängen zu wollen.²¹

Das „New Great Game“ um Ressourcen und Einflusszonen in Zentralasien und im Kaspischen Becken hatte damit eine neue Dimension gewonnen. Russland will möglichst viele Öl- und Gaspipelines über sein Staatsgebiet leiten und initiiert politische und propagandistische Kampagnen gegen alle Pläne für Pipelinerouten, die es umgehen würden. Das zeigt sich auch am Beispiel des am Rande des OSZE-Gipfels in Istanbul im November 1999 vertraglich fixierten Projekts einer ca. 3 Mrd. US-Dollar teuren und 1 750 Kilometer langen Erdölleitung von der aserbaidjanischen Hauptstadt Baku über die georgische Kapitale Tiflis zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan, die Russland wie auch seine Verbündeten in der Kaspischen Region (Armenien, Iran) umgehen und die westliche Abhängigkeit von den OPEC-Staaten etwas

²¹ Vgl. Ahmed Rashid, Taliban. Afghanistans Gotteskrieger und der Dschihad, München 2001, S. 266–287; Michael Pohly/Khalid Duran, Nach den Taliban. Afghanistan zwischen internationalen Machtinteressen und demokratischer Erneuerung, München 2002, S. 75 f. und 148.

²⁰ Zit. in: RFE/RL Newline – Russia (online) vom 29. November 2001 (www.rferl.org/newline).

reduzieren würde: Moskau hat alles getan, um diese Pipeline als völlig unrentabel erscheinen zu lassen sowie das ohnedies von einer tiefgreifenden wirtschaftlichen, sozialen, interethnischen und politischen Krise betroffene Georgien weiter instabil zu halten, um sicherzustellen, dass es für an der Pipeline potenziell interessierte westliche Investoren so unattraktiv wie möglich bleibt.²²

In Russland ist die Vorstellung, dass es den USA bei ihrer Intervention gegen die Taliban und dem Aufbau einer Militärpräsenz in Zentralasien auch oder gerade darum ging, künftige Pipelinestrecken zu kontrollieren, sehr verbreitet. Anlässlich des Sturzes des Talibanregimes wurden in Russland denn auch sofort Befürchtungen laut, dass westliche (und vor allem amerikanische) Konzerne die alten Pläne aus der Schublade holen könnten. Afghanistan dürfte allerdings auf Jahre hinaus labil bleiben, sodass sich nach den Erfahrungen der neunziger Jahre die Frage stellt, ob sich westliche Investoren finden werden, die bereit sind, Milliarden Dollar für Projekte mit fraglichen Perspektiven zu riskieren.

IX. Die „tschetschenische Tangente“

Obwohl Moskau zehn Jahre in Afghanistan gekämpft und dort für mindestens eine Million Tote und fünf Millionen Flüchtlinge verantwortlich ist, dann die Nordallianz gegen die Taliban unterstützte und seit September 1999 bereits zum zweiten Mal innerhalb eines Jahrzehnts Krieg in Tschetschenien führt, hat es keineswegs den anhaltenden Zorn und Hass islamischer Fundamentalisten auf sich gezogen. Bin Laden hatte an der Seite des islamischen Widerstandes am Krieg gegen die sowjetischen Besatzer in Afghanistan teilgenommen, dann aber nicht der UdSSR bzw. Russland, sondern explizit den USA den „Heiligen Krieg“ erklärt und dazu aufgerufen, in der ganzen Welt Amerikaner und Juden (und nicht etwa Russen) zu töten. Er oder andere international aktive Fundamentalisten haben nie mit Terrorrohungen verbundene Forderungen an Russland – etwa Beendigung des Krieges in Tschetschenien oder sogar dessen Entlassung in die Unabhängigkeit – gestellt; sie konzentrieren sich auf die „Befreiung Palästinas“, die US-Truppen auf der Arabischen Halbinsel, den Kaschmir-Konflikt usw. Tschetschenien ist klar eine Nebenfront. Die internationale Agenda des islamischen Fundamentalis-

22 Vgl. Vladimir Socor, *Bear Tactics: Back to Bad Old Soviet Habits*, in: *The Asian Wall Street Journal* vom 12. Dezember 2001.

mus ist vorwiegend gegen den Westen gerichtet,²³ und dabei ergeben sich unübersehbare Gemeinsamkeiten mit der Freund-Feind-Perzeption großer Teile der russischen Eliten. Hier liegt auch eine der Hauptursachen für die verbreitete russische Skepsis gegenüber dem Kurs Putins, die „Anti-Terror-Koalition“ der USA immerhin passiv zu unterstützen.

Russland versuchte, aus den Terroranschlägen in den USA im Hinblick auf seinen Krieg in Tschetschenien Kapital zu schlagen. Es bemüht sich seitdem im Rahmen seiner innen- und außenpolitischen Öffentlichkeitsarbeit, erstens seine Militärintervention in Tschetschenien dem US-Kampf gegen die Taliban und bin Laden gleichzustellen bzw. als „Beitrag Russlands zum Kampf gegen den internationalen und religiösen Extremismus“²⁴ zu präsentieren sowie zweitens eine möglichst enge Verbindung zwischen bin Laden und den tschetschenischen Rebellen zu behaupten.

Der Anfang 1997 gewählte (und damals auch vom Kreml anerkannte) tschetschenische Präsident Aslan Maschadow, der den bewaffneten Widerstand gegen die russische Intervention bis heute aus dem Untergrund anführt, verurteilte die Anschläge in den USA und zeigte sich „empört“ über alle russischen Versuche, Tschetschenien damit in Verbindung zu bringen.²⁵ Allerdings melden nicht nur russische Quellen, dass die „al-Qaida“-Kämpfer nach Tschetschenien geschickt und bin Laden tschetschenische Rebellen unterstützt hat.²⁶ Selimchan Jandarbijew, Nachfolger des von den Russen im April 1996 getöteten ersten tschetschenischen Präsidenten General Dschochar Dudajew, bestritt dagegen eine Finanzierung der tschetschenischen Rebellen durch bin Laden. Jandarbijew räumte aber im Dezember 2001 ein, im November 1999 und Anfang 2000 in Afghanistan gewesen zu sein, um sich mit Repräsentanten der Taliban zu treffen. Unbestreitbar ist zudem, dass die (bis zum September 2001 selbst nur von Pakistan, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten anerkannten) Taliban

23 Vgl. Bassam Tibi, *Fundamentalismus im Islam. Eine Gefahr für den Weltfrieden?*, Darmstadt 2000, S. 26 ff.

24 So der „Bevollmächtigte Vertreter“ Putins im den Nordkaukasus einschließenden „Südlichen Föderalen Bezirk“, General Viktor Kasanzew, zit. in: *Rossijskaja gazeta* (online) – Sobytaja dnja vom 25. September 2001 (www.rg.ru).

25 Zit. in: RFE/RL Newline – Russia vom 14. September 2001 (www.rferl.org).

26 Vgl. Peter L. Bergen, *Heiliger Krieg Inc. Osama bin Ladens Terrornetz*, Berlin 2001, S. 50 und 110; Roland Jacquard, *Die Akte Osama Bin Laden. Das geheime Dossier über den meistgesuchten Terroristen der Welt*, München 2001, S. 170 ff.; Federation of American Scientists (FAS), „al-Qa’ida (The Base)“, Internet-Dokument: www.fas.org/irp/world/para/ladin.htm, abgerufen am 18. Dezember 2001.

als einziges Regime der Welt die „Unabhängigkeit“ Tschetscheniens (Anfang 2000) anerkannt haben.

Es ist auch allgemein bekannt, dass sich unter den aus vielen Ländern stammenden Moslems, die in den afghanischen Lagern der „al-Qaida“ ausgebildet wurden, auch Tschetschenen befanden. Nach russischen Schätzungen kämpften „einige hundert“ von ihnen gegen die Nordallianz²⁷ – und zwar auch noch im November 2001, als die Macht der Taliban in weiten Teilen Afghanistans kollabierte. Tschetschenen nahmen an der Schlacht um Kunduz, dem letzten Stützpunkt der Taliban im Norden, ebenso teil wie an einem Gefangenenaufstand in Mazar-i-Sharif Ende November und an den Kämpfen um die ostafghanische Bergfestung Tora Bora, wo bin Laden vermutet wurde, im Dezember.

X. Fazit und Perspektiven

Der bekannte außen- und sicherheitspolitische Analytiker Andrej Piontkowskij, der sich vom nationalistischen Mainstream in Politik und Politikwissenschaft Russlands fernzuhalten pflegt, konstatierte: „American aviation has done the job for Russia. Russia has already won its Afghan war.“²⁸ Tatsächlich kann Moskau Ende 2001 eine positive Zwischenbilanz seiner Afghanistanpolitik ziehen: Das Talibanregime, von dem es jahrelang eine massive Bedrohung seiner Positionen in Mittelasien ausgehen sah, wurde beseitigt, und zudem ergab sich die Möglichkeit, in Afghanistan selbst wieder politische und ökonomische Interessen geltend zu machen. Die westliche Militärpräsenz in ehemaligen Sowjetrepubliken Mittelasiens wie

auch in Afghanistan selbst ist aus russischer Sicht zweifellos ein Wermutstropfen; Moskau ist (wie auch der Iran) daran interessiert, dass sie klein bleibt und so rasch wie möglich wieder verschwindet.

Es existiert keine wirklich gemeinsame Auffassung von „Terrorismus“, welche Russland und die westlichen Staaten mit den USA an der Spitze teilen würden. Das unterschiedliche Verständnis dieser Erscheinung stimmte lediglich im Falle der Taliban bzw. der „al-Qaida“ überein, sodass eine (intern durchaus umstrittene) passive Teilnahme Russlands an der „Anti-Terror-Koalition“ möglich war. Moskau hat aber auch nach dem 11. September keinen Zweifel daran gelassen, dass für seine Politik die Liste von Staaten, die den USA zufolge Terror unterstützen (darunter Iran, Irak und Libyen), keinerlei Bedeutung hat und dass es jede Ausdehnung des „Krieges gegen den Terror“ etwa auf den Irak vehement ablehnt. Russische Stimmen ließen zudem bei allen verbalen Bekenntnissen zum gemeinsamen „Kampf gegen den Terror“ die andauernden Probleme in den Beziehungen zum Westen (NATO-Osterweiterung, Schuldenproblematik, geplante US-Raketenabwehr usw.) nicht vergessen. „Die große Wende in Russlands Außenpolitik seit dem 11. September ist empirisch nicht zu belegen . . . Stattdessen versucht Moskau seinen in Kriegszeiten gestiegenen Marktwert in den internationalen Beziehungen als Faustpfand in anderen Politikfeldern einzusetzen.“²⁹

Die Partie auf dem „eurasischen Schachbrett, auf dem der Kampf um globale Vorherrschaft auch in Zukunft ausgetragen wird“³⁰, kennt natürlich nicht nur zwei, sondern viel mehr Mitspieler – und Russland ist einer der wichtigsten. Auf seine weiteren Züge in Zentralasien darf man gespannt sein.

27 Nach Nezavisimoe voennoe obozrenie (online) vom 23. November 2001; <http://nvo.ng.ru>.

28 Andrej Piontkovsky, Russia notches up victory in Afghanistan, in: The Russia Journal (online) vom 7. Dezember 2001 (www.russiajournal.com).

29 Rolf Peter/Claudia Wagner, Russland und der „Kampf gegen den Terrorismus“. Schulterchluss mit dem Westen gegen „freie Hand“ im Kaukasus?, in: Osteuropa, 51 (2001) 11–12, S. 1255.

30 Zbigniew Brzezinski, Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Weinheim–Berlin 1997, S. 57.